

Seite 6 und 7

Vorstandswahlen des Stadt- und des Regionsverbands

Seite 8 und 9

BürgermeisterInnen-Wahlen in der Region

Seite 14 und 15

Zuwanderung und Flüchtlinge in der Region

GRÜNE SEITEN



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

Warum wir starke Grüne im Europäischen Parlament brauchen!

Die Europäische Union ist das beste politische Projekt, das wir auf unserem Kontinent bislang zu Stande gebracht haben. Die Ursprungsidee der GründerInnen ist das Fundament: Nur wenn wir die Begrenztheit des Nationalen überwinden, sind wir zukunftsfähig. Wir reisen heute ohne Grenzkontrollen, die Zahl der Erasmus-StudentInnen steigt kontinuierlich, ein gemeinsamer europäischer Arbeitsmarkt eröffnet grenzüberschreitende berufliche Chancen. BürgerInnen- und Menschenrechte sind europaweit einklagbar. Und viele Standards für den Umwelt- und Verbraucherschutz oder in der Landwirtschaft wären ohne die Einigung in der Gemeinschaft nicht durchsetzbar gewesen. Aber das heißt nicht, dass alles so bleiben soll, wie es ist.



Foto: CC BY-ND Jürgen Olczyk

Rebecca Harms, Vorsitzende der GRÜNEN Fraktion im Europäischen Parlament

Die EU muss sich ändern und dafür brauchen wir wieder starke Grüne im Europäischen Parlament. Bisher stellen wir Grünen 58 von 766 Abgeordneten und sind damit viertstärkste Kraft. So konnten wir in den vergangenen fünf Jahren einige Erfolge erreichen:

Bei der Regulierung der Finanzmärkte konnten wir erste, wichtige Schritte gehen. Dazu gehört eine europäische Kontrolle der Banken, die Begrenzung der BankerInnen-Boni und die Finanztransaktionssteuer. Wir müssen weiterhin dafür

kämpfen, dass in Zukunft nicht mehr die Bürgerinnen und Bürger für die Spekulationswut der Banken und Finanzinstitute zahlen müssen. Deshalb brauchen wir auch einen europäischen Abwicklungsmechanismus. Aber auch in anderen Bereichen konnten wir Erfolge verzeichnen, zum Beispiel bei der Fischereireform oder beim Schutz der Kommunikationsnetze vor dem Kontrollwahn durch das ACTA-Abkommen.

Für die kommenden fünf Jahre stehen zwei Themen ganz oben auf der Prioritätenliste: Die EU muss gerech-

ter und nachhaltig werden. In der Wirtschaftskrise ist die Gerechtigkeit unter die Räder geraten. Auf einmal geht es nur noch darum, Schulden abzubauen, um die Haushalte zu stabilisieren. Aber die EU muss auch ihr Versprechen gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern auf ein gutes Leben wieder einlösen. Dazu gehört zuallererst der Kampf gegen die unerträglich hohe Arbeitslosigkeit - gerade bei Jugendlichen - in einigen EU-Mitgliedsstaaten. Dazu gehört aber auch die konsequente Regulierung der Finanzmärkte. Nur so können wir das Vertrauen der



Für Europa: Wählen gehen!

Bürgerinnen und Bürger in die EU zurückzugewinnen.

Ein zweiter Schwerpunkt liegt auf der Klima- und Energiepolitik. Viele - auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel - benutzen die Krise als Vorwand, um sich von ehrgeizigen Klimaschutzziele zu verabschieden. Die Diskussion um die Festlegungen für 2030 zeigt das nur zu deutlich. In Brüssel verteidigen die Fossilien der Energiepolitik wie der deutsche Energie-Kommissar Günter Oettinger und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso den alten Energiemix aus Kohle und Atom und preisen das Potenzial der umweltgefährdenden Fracking-Technik.

Für eine zukunftsgewandte Energiepolitik ist eine europäische Ener-

giehende und ein europäischer Pakt für erneuerbare Energien und Energie-Einsparung unabdingbar.

Die Agrarreform im vergangenen Jahr war enttäuschend, wir brauchen dringend weitere Schritte gegen die Agrarindustrie und für bäuerliche Landwirtschaft. Die Grünen müssen gegen das geplante Freihandelsabkommen mit den USA streiten und die Flüchtlingspolitik der EU endlich humaner machen.

REBECCA HARMS
Europaabgeordnete
rebecca.harms@
europarl.europa.eu



Editorial

Am 25. Mai wird zum achten Mal das Europäische Parlament direkt von den Europäerinnen und Europäern gewählt. Diese Wahl steht unter dem Eindruck der aktuellen Geschehnisse in der Ukraine – einer der größten Krisen in Europa seit dem Fall der Mauer. Es hat schon Symbolcharakter, dass das ukrainische Volk ebenfalls am 25. Mai 2014 einen neuen Präsidenten wählt. Schließlich war der unbedingte Wunsch vieler Menschen in der Ukraine nach einer stärkeren Orientierung in Richtung Europa Grund für die Demonstrationen und die Auseinandersetzungen auf dem Maidan mit ihren vielen Todesopfern. Die Krise in der Ukraine ist noch nicht vorbei. Die Vereinbarung von Genf war eine Hoffnung, dass die Gewalt nicht weiter eskaliert – leider lassen die aktuellen Ereignisse in der Ostukraine das Gegenteil befürchten.

In diesen Wochen und Monaten wird wieder einmal deutlich, wie



Foto: CC BY-SA 2.0, Lucas Plewnia, flickr.com

Europa braucht starke Grüne

wichtig die Europäische Union für den Frieden in Europa ist – und wie wichtig es ist, dass die Grünen im neuen Europäischen Parlament eine starke Stimme erhalten. Die EU muss all ihre Möglichkeiten nutzen, damit die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine die Möglichkeit erhalten, selbst zu entscheiden, wie ihr Staat organisiert sein soll und von welchen Menschen sie regiert werden wollen. Europa muss sich außerdem die Frage stellen, wie wir unabhängiger von russischen Energieimporten werden können. Dies kann nur

funktionieren, wenn wir die Energie-wende auch in Europa konsequent einfordern und voranbringen!

In den letzten Wochen und Tagen bis zur Europawahl müssen wir daher die Menschen in der Region davon überzeugen, dass auch Europa starke Grüne braucht, damit Freiheit, Demokratie und Zukunft über unsere Landesgrenzen hinaus Bestand haben!

Lasst uns in den kommenden Wochen die WählerInnen für ein besseres Europa mobilisieren!

FRAUKE PATZKE
Vorsitzende RV
frauke.patzke@
gruene-hannover.de



STEFAN KÖRNER
Vorsitzender RV
stefan.koerner@
gruene-hannover.de



Alternative für Europa

Das Versagen der Parteien stärkt den Rechtspopulismus

Wegschauen oder ignorieren ist mit Sicherheit der falsche Weg, wenn Rechtspopulisten sich als Demokraten gerieren, während ihre Antworten einen zutiefst demokratie- und menschenfeindlichen (Unter-)Ton haben. Das Versagen der Parteien, mutige Antworten und unbequeme Wahrheiten zu formulieren, bereitet den Populisten den Weg. Die Grünen können den Menschen eine „Alternative für Europa“ bieten.

Das wirkliche Problem kommt dann, wenn die Rechtspopulisten in den Parlamenten sitzen. Ich habe das in den vergangenen Jahren im Europäischen Parlament miterleben müssen. Dort sitze ich im Innenausschuss gemeinsam mit einer Holocaust-Leugnerin aus Ungarn und einem Briten, der die Flüchtlingsboote im Mittelmeer einfach versenken würde. In der Delegation zum Staat Israel sitzt hinter mir ein Däne, der den Hitlergruß zeigt und Nazi-Lieder singt. Und im Rechtsausschuss sitzen mit mir italienische Kollegen, deren Partei den Faschismus unter Mussolini gerne wiederbeleben würde. Sie sind fraktionslos und haben selten einen wirklichen Einfluss auf die parlamentarische Arbeit. Das wollen die charismatischen Köpfe Marine Le Pen aus Frankreich, Geert Wilders aus den Niederlanden und Heinz-Christian Strache aus Österreich ändern.

Anti-EU-Parteien hetzen mit EU-Geldern gegen die EU

In Zeiten der Kritik am Versagen politischer Eliten sind einfache rechtspopulistische Botschaften en vogue. Bereits vor Jahren haben das der Euro-Gegner Nigel Farage und seine populistische UK Independence Party erkannt, die mit Hilfe einiger Anti-EU-Parteien eine Fraktion gründeten und nun seit über vier Jahren mit EU-Geldern ihre Hetze gegen die EU-Institutionen betreiben. Ihre skurrilen Abgeordneten sind selten bei Sitzungen, stimmen einfach zu allem „Nein“ und halten die immer gleichen Reden. Sollte die populistische „Alternative für Deutschland“ bei den kommenden Europawahlen wie befürchtet Mandate erringen, dann wären sie hier sicher sehr willkommen.



Foto: Fritz Schumann

Die Angst vor dem Rechtspopulismus in der Politik ist berechtigt. Die Parteien müssen endlich mutige Antworten und unbequeme Wahrheiten formulieren, meint Jan Philipp Albrecht.

Notwendiges Vorgehen: Stärkung der europäischen Idee statt Verankerung der Rechtspopulisten

Das Versagen der Parteien, mutige Antworten und unbequeme Wahrheiten zu formulieren, stärkt den Rechtspopulismus. Und noch viel schlimmer: Die stille Zustimmung zu den Halbwahrheiten, den Lügen, den kurzsichtigen und teils menschenfeindlichen Einstellungen. Die Erfahrungen in Österreich, den Niederlanden und Frankreich zeigen, wohin dies führen kann: Eine dauerhafte gesellschaftliche Verankerung der Rechtspopulisten. Sollte es dazu kommen, steht es schlecht um die europäische Idee, die auf Solidarität, Nachhaltigkeit, Vernunft und Verantwortung baut. Dabei wird diese gerade jetzt gebraucht: Mit Blick auf die Regulierung internationaler Märkte – insbesondere der Finanz-, Energie- und Internetwirtschaft – sind einzelne Nationalstaaten machtlos geworden. Nur als geeintes Europa können wir diesen Herausforderungen begegnen.

Die Grünen gegen die Doppelmoral der Bundesregierung und für ein demokratisches, weltoffenes Europa

Bislang werden Institutionen und Gesetzgebung der Europäischen Union von führenden Politikerinnen und Politikern aller Parteien immer wieder diskreditiert und ignoriert. Gerade in Deutschland beobachten wir eine beachtliche Doppelmoral: In den Sonntagsreden beschwört die Bundesregierung die europäische Einigung, wochentags zieht sie aus Angst vor dem Unmut der Wählerinnen und Wähler die nationale Karte. Und vergisst dabei: Sie sät an ihrem eigenen Stuhl. Denn diejenigen, die gegen ein gemeinsames Europa sind, werden das nationalistische und populistische Original wählen, nicht den gemäßigten Nachäffer. Statt einer „Alternative für Deutschland“ brauchen wir eine „Alternative für Europa“. Die große Koalition befindet sich im europäischen Rückwärtsgang und die Linkspartei versteht kaum etwas von Verantwortung in Europa. Die Grünen sollten ihren Ruf als Europapartei noch mehr nutzen. Dafür müssen wir uns allerdings die Mühe machen, Antworten zu finden: Was ist unsere Idee für ein soziales Europa? Wie gehen wir mit Einwanderung und Flüchtlingen um?

Wir müssen eine echte Perspektive für ein anderes, demokratisches und weltoffenes Europa bieten, das seinen Anspruch auf soziale, ökologische und bürgerrechtliche Werte auch tatsächlich durchsetzen kann.

JAN PHILIPP ALBRECHT
Europaabgeordneter
jan.albrecht@
europarl.europa.eu



Europa: Ernste Krisenzeichen

Hohe Jugendarbeitslosigkeit, fehlende Bankenregulierung & erstarkende Rechtspopulisten

Die Krise in Europa ist noch nicht vorbei. Hohe Jugendarbeitslosigkeit, mangelhafte Bankenregulierung und ein Erstarken der Rechtspopulisten zeigen, wie wichtig die kommende Wahl für Europa ist.



Foto: CC by SA 2.0, Uwe Hixsch, flickr.com

Europäische Krisenproteste in Frankfurt

Das Interesse der WählerInnen für die Wirtschafts- und Währungskrise in Europa schwindet. Nicht einmal im Vorfeld der Europawahlen sorgt das Thema noch für große mediale Aufmerksamkeit. Dabei ist klar: die Krise ist längst nicht überwunden.

Vor allem in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal ist die Lage immer noch problematisch und schnelle Lösungen nicht in Sicht. Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien liegt bei über 50 Prozent. Wenn wir hier nicht bald etwas tun, verspielen wir die Zukunft einer ganzen Generation.

Doch statt sich endlich auf einen gemeinsamen europäischen Weg zur Rettung der so genannten Krisenstaaten zu einigen, verschanzt sich vor allem Merkel in ihrem nationalen Bunker und stellt die vermeintlichen Interessen Deutschlands über die Europas. Die Gefahr: Wackelt die Eurozone, dann wackelt auch das wirtschaftliche Fundament in Deutschland.

Immer gefährlicher wird auch die antieuropäische Stimmung. Solidarische Lösungen finden kaum noch Zuspruch, während rechtspopulistische Forderungen nach einem Austritt aus dem Euro oder pauschale Rufe nach weniger Regelungen aus Brüssel immer mehr AnhängerInnen finden. Davon profitieren vor allem Kräfte wie die AfD, die sich mittlerweile von einer neoliberalen, antieuropäischen Partei in eine handfeste rechtspopulistische Bewegung gewandelt hat.

Was wir jetzt brauchen, ist eine ernst gemeinte Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion und ein umfassendes Investitionsprogramm, solidarisch getragen durch die Mitgliedsstaaten, und keine Nationaltümelei. Merkels Austeritätspolitik ist völlig absurd und basiert auf einer falschen, aber populären Krisenanalyse: die anderen sind Schuld und müssen den Gürtel enger schnallen. Anstatt, Investitionen in den Krisenstaaten anzustoßen, zwingt vor allem Merkel sie dazu,

immer mehr zu kürzen, mit fatalen Folgen für die Wirtschaft und die soziale Situation vor Ort.

Die Krise traf die Politik unvorbereitet. Um Verluste den EigentümerInnen und GläubigerInnen zuschreiben zu können, hätte man schnell arbeitende Institutionen gebraucht, die über Nacht Abwicklungsentscheidungen hätten treffen können und eine einheitliche rechtliche Grundlage, um alle Banken in der Eurozone gleich zu behandeln. Wir fordern deswegen klare europäische Regeln, um Banken schließen zu können, damit Bankverluste nicht mehr über Steuergelder sozialisiert werden. Die Kosten für diese Verzögerung wurden einseitig den europäischen SteuerzahlerInnen aufgebürdet. Das muss endlich ein Ende haben - auch dafür streiten wir bei der Europawahl!

SVEN CHRISTIAN KINDLER
Bundestagsabgeordneter
sven-christian.kindler@
bundestag.de



Es war eine gute Zeit mit Dir, Belit!

Verzicht auf Ratsmandat am 24. April 2014 – Renee Steinhoff folgt

Nach zweieinhalb Jahren engagierter Ratsarbeit, u.a. als finanzpolitischer Sprecher, verzichtete Belit Onay auf sein Ratsmandat. Er wendet sich komplett der Landtagsarbeit zu.



Belit Onay, MdL

Im September 2011 wurde Belit für die Grünen in den Rat der Stadt Hannover gewählt und im Januar 2013 in den Niedersächsischen Landtag. Belit hat eine Brücke zwischen Rat und Landtag geschlagen. Diese wird auch nach seinem Mandatsverzicht bestehen bleiben, zumal Belit innerhalb der Grünen Landtagsfraktion u. a. Sprecher für Kommunalpolitik ist. Für uns ist sein Ausscheiden aus der Ratsfraktion ein großer Verlust, allerdings nach-

vollziehbar angesichts der Vielzahl an Terminen und Verpflichtungen, die allein eines dieser Ämter schon mit sich bringt.

Renee Steinhoff ist die Geschäftsführerin und Bildungsreferentin der grünnahen Stiftung Leben & Umwelt in Hannover und war für unsere Ratsfraktion seit November 2011 Bürgervertreterin im Wirtschaftsausschuss. Nun ist sie also neue finanzpolitische Sprecherin und vertritt Grüne



Renee Steinhoff

Politik im Wirtschafts- und im Internationalen Ausschuss sowie in den Betriebsausschüssen Städtische Häfen und HCC.

Renee hat die letzten Monate bereits genutzt, sich mit der Ratsarbeit vertraut zu machen. Sie wird unsere Fraktion bereichern.

Wir wünschen beiden, Belit und Renee, Weitsicht und Erfolg bei grüner Politik in Land und Stadt.

GÜNTER WULFERT
Geschäftsführer Ratsfraktion
guenter.wulfert.gruene@hannover-stadt.de



Aktion: Ungerechtigkeiten abbügeln

Zum Internationalen Frauentag am 8. März demonstrierten die hannoverschen Grünen mit ihrer Aktion „Ungleichheiten abbügeln-volle Gleichstellung jetzt!“ für eine Verbesserung der Lebensrealität von Frauen.

Ausgerüstet mit Bügelbrettern und Trockenständern, die als Plakatträger für die Aktion dienten, verwandelten der Stadtverband und die Stadtteilgruppe Vahrenwald-List die Lister Meile in ein Meer aus grünen Luftballons. Darauf war zu lesen:



v.l.n.r.: Barbara, Gisela und Mareike

„Frauenrechte sind Menschenrechte“, „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, „Familie und Beruf ermöglichen“ oder „Schutz vor Opfer von Gewalt“.

Praktische Unterstützung gab es von den Landtagsabgeordneten Maaret Westphely, Belit Onay und Thomas Schremmer: Belit und Thomas zeigten ganz praktisch am Bügelbrett, dass Männer als Akteure für Gleichberechtigung stärker in den Blick genommen werden müssen und es selbstverständlich sein muss, dass auch Männer familiäre Aufgaben übernehmen.

Es bleibt viel zu tun

Aktuell ist von der Bundesregierung keine Trendwende in der Frauenpolitik festzustellen - zum Beispiel fehlt im Koalitionsvertrag die Einführung eines Gesetzes, das Lohngleichheit für Frauen und Männer garantiert.



v.l.n.r.: Thomas, Maaret und Belit

Die lebhaften Diskussionen auf der Lister Meile haben gezeigt, wie wichtig es ist, den öffentlichen Druck bei gleichstellungspolitischen Fragestellungen aufrecht zu erhalten.

GISELA WITTE
Vorsitzende OV Hannover
gisela.witte@gruene-hannover.de



Stadtverband spricht Vorstand Vertrauen aus

Vorsitzendenteam von Partei bestätigt: Gisela Witte und Tobias Leverenz

Ob Europawahlkampf, grüner Kneipenabend oder Stärkung der basisdemokratischen Politik, der neue `alte´ grüne Vorstand hat sich viel vorgenommen.



Foto: Grüne

v.l.n.r.: Mareike Rehl, Tobias Leverenz, Barbara David, Gisela Witte, Daniel Gardemin

Am 12. März 2014 haben die Mitglieder des Stadtverbandes Hannover den amtierenden Vorstand für zwei weitere Jahre gewählt. Gisela Witte (63), pensionierte Lehrerin, und Tobias Leverenz (29), Mitarbeiter der GRÜNEN Landtagsfraktion, bilden damit weiterhin das Vorsitzendenteam. Zur Schatzmeisterin hat die Versammlung Barbara David gewählt (48, Geschäftsführerin Violetta e.V.). Als BeisitzerInnen komplettieren weiterhin Mareike Rehl (29, Mitarbeiterin der Klimaschutz Agentur) und Daniel Gardemin (46, Politikwissenschaftler und Wahlsoziologe) den fünfköpfigen Vorstand.

„Wir freuen uns sehr über das Vertrauen der Mitglieder und darauf, unsere gute Zusammenarbeit fortsetzen zu können“, erklärt Tobias Leverenz. Seine Ko-Vorsitzende Gisela Witte ergänzt: „Nun können wir gut vorbereitet in einen kreati-

ven Europawahlkampf starten, denn für ein solidarisches und starkes Europa, das sich für Klima-, Verbraucher- und Datenschutz engagiert, brauchen wir eine starke grüne Fraktion im EU-Parlament.“



Foto: Grüne

Landwirtschaftsminister Christian Meyer (Grüne) sprach auf der Mitgliederversammlung über die Kennzeichnung von Lebensmitteln.

Die wiedergewählten Vorstandsmitglieder haben für den Europawahlkampf vor allem ein Ziel vor

Augen: die breite Beteiligung der Basis. Im Anschluss an die vielen Wahlkämpfe im Superwahljahr 2013 mit Landtags-, Bundestags- und Oberbürgermeisterwahlkampf will sich der Stadtverband verstärkt den innerparteilichen Teilhabe- und Austauschmöglichkeiten widmen. „Ob grüner Kneipenabend oder inhaltliche Diskussion mit den grünen Mitgliedern und Interessierten zu Themen wie demografischer Wandel, Radverkehr oder ganz konkret der Bebauung der Wasserstadt Limmer – es gibt viele Themen die uns Grüne in Hannover bewegen und die wir gemeinsam mit Euch anpacken wollen. Wir freuen uns über jede Rückmeldung und hoffen auf rege Beteiligung“, so Gisela Witte.

RAHEL MISSAL
Geschäftsführerin SV
stadt@gruene-hannover.de



Regionsgrüne haben neuen Vorstand

Frauke Patzke und Stefan Körner sind neue Vorsitzende des Regionsverbands

Wechsel im Vorstand des Regionsverbands: Sieben neue Mitglieder sind dabei - Carolin Jaekel im Amt bestätigt.



Foto: Grüne

**v.l.n.r.: Maaret Westphely, Nicole van der Made, Simone Meyer, Frauke Patzke, Stefan Körner, Sebastian Pinne & Kostantin Knorr
Carolin Jaekel ist nicht abgebildet.**

Am 15. März 2014 hat der Regionsverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen neuen Vorstand gewählt. Die neue Doppelspitze bilden Frauke Patzke (42), Vorsitzende des grünen Ortsverbands Hemmingen und Stefan Körner (37), stellvertretender Fraktionsvorsitzender im hannoverschen Bezirksrat Südstadt-Bult. Neben Frauke und Stefan gehören dem Regionsvorstand der Schatzmeister Sebastian Pinne (24) aus Neustadt und die BeisitzerInnen Maaret Westphely (39), Konstantin Knorr (32), Carolin Jaekel (28) alle aus Hannover, sowie Nicole van der Made (51) aus Gehrden und Simone Meyer (32) aus Springe an.

Doris Klawunde und Enno Hagenah traten wie die Mehrheit des Vorstands nicht wieder zur Wahl an.

Für Enno bedeutet der Abschied aus dem Vorstand das Ende seiner

grünen Funktionärstätigkeit. Insgesamt 28 Jahre – die Hälfte seines Lebens – vertrat Enno im Bezirksrat, Rat, Vorstand und als Landtagsabgeordneter die Grünen. „Mit den heute ablaufenden zwei Jahren im Regionsvorstand hat sich in gewisser Weise für mich der Kreis geschlossen. Meine persönliche politische Kernaufgabe ist erfüllt, denn die Bildung der Region Hannover war früh in meiner kommunalpolitischen Arbeit eine wichtige Utopie“, schloss Enno seine Rede.



Foto: Grüne

Enno Hagenah

Unsere grüne stellvertretende Regionspräsidentin und Vorsitzende der grünen Fraktion in der Regions-

versammlung, Doris, rückte in den Rat der Stadt Lehrte nach und trat deshalb nicht erneut als Regionsvorsitzende an. „Mandate haben für mich immer Vorrang gegenüber Parteiämtern gehabt“, erklärte sie.

Wir danken Euch und dem gesamten Vorstand ganz herzlich für Euer Engagement und wünschen Euch alles Gute!

ELKE WOHLFARTH
Geschäftsführerin RV
wohlfarth@
gruene-hannover.de



Foto: Grüne

Doris Klawunde

Es gibt nicht nur

Am 25. Mai wollen fünf grüne KandidatInnen

GISELA WICKE

■ Geboren:

1952 in Hohenkirchen bei Kassel

■ Berufliches:

Dipl.-Biologin, stellvertretende Geschäftsbereichsleiterin und Aufgabenbereichsleiterin für Förderprogramme und Flächenmanagement im Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz.

■ Privates:

geschieden, 2 Kinder



„Ich setze mich für mehr Bürgerbeteiligung, mehr Aktivitäten für Jung und Alt zum Beispiel in Mehrgenerationenhäusern, Ausbau und Erhalt der Schulen und Kindergärten, nachhaltige Wirtschaft und einen ausgeglichenen Haushalt ein. Mein Motto ist: Gemeinsam mehr bewirken.“

JÜRGEN GRAMBECK

■ Geboren:

1968 in Hannover.

■ Privates:

ledig

■ Berufliches:

Geschäftsführer Bei Chéz Heinz und Hemminger Bäder GmbH



„Mir geht's um Hemmingen. Ich möchte eine Stadt mit Gemeinsinn, die die Bürger mitnimmt. Mit nachhaltiger Haushaltspolitik will ich den heutigen guten Standard erhalten. Schwerpunkt: Betreuungsschlüssel Krippe 1 zu 5 und Kita 1 zu 10, Ausbau und Verbesserung des Radwegnetzes, Lückenbebauung für Wohnungs- und Gewerbebau statt Erschließung auf der grünen Wiese, kontinuierliche nachhaltige Kommunale Gebäudesanierung – Kindergärten, Schulen und Sportstätten müssen immer intakt gehalten werden.“

In zehn Gemeinden der Region Hannover werden am 25. Mai neue BürgermeisterInnen gewählt. In Garbsen, Gehrden, Hemmingen, Laatzen und Langenhagen treten KandidatInnen an, die von den Grünen aufgestellt oder unterstützt werden. Die Grünen Seiten stellen sie vor.

Darius Pilarski (36), Fraktionschef der Grünen im Rat der Stadt **Garbsen**, muss sich mit zwei weiteren Bewerbern auseinandersetzen. Pilarski ist als Verwaltungsfachwirt bei der Landeshauptstadt Hannover angestellt und unterrichtet an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen Staats- und Verfassungsrecht. Er tritt gegen den Amtsinhaber Alexander Heuer (60) von der SPD an. Kandidat der CDU ist Christian Grahl (57), ehemaliger Präsident der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen, heute Referatsleiter für ländliche Entwicklung im Landwirtschaftsministerium.

Auf die parteilose **Gisela Wicke** setzen die Grünen in **Gehrden**. Die 63-Jährige engagiert sich seit vielen Jahren für die lokale Agenda 21 und den Naturschutz in Gehrden.

Gisela Wicke ist beim Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz beschäftigt und unter anderem Vorsitzende des Naturschutz Bund Deutschland (NABU) Gehrden/Benthe. Sie tritt gegen Hermann Heldermaann (55), Kandidat der CDU und seit 2006 Bürgermeister, an. Weiterer Mitbewerber: Cord Mittendorf (47), Kandidat der SPD und seit 2011 Ratsherr in Gehrden.



■ Geboren:

1951 in Hameln

■ Berufliches:

Diplom Musiker und Germanistin, Musikschulleiterin an einer Musikschule in Laatzen. Seit 1986 Betreiberin einer Musikschule und einer privaten Pension. Seit 1998 Mitglied im Rat der Stadt, seit 2002 stellvertretende Bürgermeisterin, und 14 Jahre lang

■ Privates:

verheiratet, 2 Kinder

„Meine vorrangigen Ziele: kommunal und Ökologie ohne Widerspruch, chancenreich und damit engagierte MitarbeiterInnen.“

die Europawahl

WahlkandidatInnen an die Spitze ihrer Gemeinde

In Hemmingen tritt Jürgen Grambeck (45) an. Ein breites Bündnis von CDU, Grünen und die Unabhängigen



Grambeck ist Geschäftsführer des Veranstaltungszentrums und gleichnamigen Vereins „Bei Chéz Heinz e.V.“ in Hannover-Linden sowie geschäftsführender Gesellschafter der gemeinnützigen Hemminger Bäder GmbH. Sein Kontrahent, der Politikwissenschaftler Schacht, wurde erstmals 1997 gewählt und 2006 im Amt bestätigt. Als weiterer Bewerber tritt Dirk Machentanz (42) von der Partei „Die Linke“ an.

In Laatzten fordert Gerd Apportin (62) den Amtsinhaber Thomas Prinz (55) von der SPD heraus. Seit 20 Jahren sitzt der Grasdorfer für die Grünen im Rat der Stadt Laatzten. Auch er war jahrelang Fraktionsvorsitzender der Grünen im Rat und stellvertretender Bürgermeister. Heute betreibt er eine private Musikschule und eine Pension. Der Amtsinhaber Prinz wurde 2006 Bürgermeister der Stadt. Für die CDU geht der 56-jährige Jürgen Köhne an den Start.

In Langenhagen will Dirk Musfeldt (46) grüner Bürgermeister werden. Er tritt gegen Friedhelm Fischer (58) von der SPD an. Seit fast 20 Jahren sitzt Musfeldt für die Grünen im Rat, zeitweise auch als stellvertretender Bürgermeister. Vor fünf Jahren wechselte der selbstständige Diplom-Informatiker in die kommunale Verwaltung. Heute ist er Referent im Dezernat für Finanzen und Gebäudewirtschaft der Region Hannover. Außerdem bewirbt sich Mirko Heuer (47), CDU Ratsherr, um den Posten des Bürgermeisters.

DIRK MUSFELDT

■ **Geboren:** 1967 in Hannover

■ **Berufliches:** Dipl. Informatiker, danach selbstständiger Software-Entwickler. Heute Referent der Dezernentin für Finanzen und Gebäudewirtschaft der Region Hannover. Seit 20 Jahren Ratsmitglied, davon einige Jahre als zweiter stellvertretender Bürgermeister.

■ **Privates:** verheiratet, zwei plus zwei Kinder



„Ich werde eine wertschätzende Gesprächskultur sowie intensivere Information und Beteiligung zur Grundlage machen für eine zügige Umsetzung der großen städtischen Ziele bei Schulentwicklung, bezahlbarem Wohnraum und Umwelt- und Klimaschutz.“

DARIUS PILARSKI

■ **Geboren:** 1977 in Kluczbork (PL)

■ **Berufliches:** Verwaltungsfachwirt und Magister der Politik. Außerdem Dozent an der Kommunalen Hochschule für Verwaltung

■ **Privates:** verheiratet



„Wichtig in der Politik ist für mich echte Beteiligung von BürgerInnen, statt Bevormundung durch Politik und Verwaltung. In meiner Amtszeit will ich das Image von Garbsen positiv verändern, da dieses derzeit stark beschädigt ist.“

GERD APPORTIN

Politikwissenschaftler, Lehrer, Aufbau der Stadt Laatzten über einer privaten Musikschule. Seit 2006 im Rat der Stadt Laatzten, davon 11 Jahre als stellvertretender Beigeordneter.



Referent für Energie- und Umweltpolitik, Ökonomie, Gleichberechtigung der Geschlechter, Jugendförderung, zur Unterstützung der BürgerInnen im Rathaus.“

ELKE WOHLFARTH
Geschäftsführerin RV
wohlfarth@
gruene-hannover.de



Chancen für Berufseinsteiger

Zu Besuch in der Produktionsschule Limmer

Ein besonderes Problem am Arbeitsmarkt haben junge Erwachsene ohne Ausbildung. Die Anforderungen an die Qualifikation für BerufseinsteigerInnen sind hoch, die Aussichten für Unqualifizierte gering. Die Produktionsschule Limmer eröffnet ihnen durch gezielte Unterstützung Ausbildungs- und Berufsperspektiven.

Bei einem Besuch in der Produktionsschule Limmer hat mir Geschäftsführer Bernd Reschke die Einrichtung gezeigt und mir einen Einblick in den Alltag dort ermöglicht. Die Produktionsschule bietet 36 Jugendlichen die Möglichkeit, sich praxisnah beruflich zu orientieren. Das Angebot zielt auf junge Menschen von 14 bis 25 Jahren, die bislang keine Ausbildungsstelle beziehungsweise keinen Arbeitsplatz gefunden haben.

Die Produktionsschule bietet drei Bereiche, in denen die Jugendlichen arbeiten können. Für Gastronomie und Hauswirtschaft steht die Beschäftigung in dem hauseigenen „Bistro Contine“ im Mittelpunkt. Neben dem Bistro gibt es noch einen Cateringbetrieb. Die Jugendlichen lernen dort, was alles zur Organisation rund um die Zubereitung der Speisen gehört.

Der zweite Bereich, Haustechnik und Gebäudeunterhaltung, bietet den Jugendlichen die Möglichkeit, handwerklich zu arbeiten und erste Erfahrungen damit zu sammeln. Bei der Mitarbeit auf Baustellen, aber auch bei besonderen handwerklichen Herausforderungen wie etwa der Renovierung der wundervollen „Wennigser Wasserräder“, können sie eigene Erfolge erarbeiten. Das Ergebnis lohnt übrigens einen Besuch im Deister. Ergänzt werden



Thomas Schremmer, MdL

die beiden Bereiche durch den Büroservice, in dem die anfallenden Verwaltungs- und Büroarbeiten der Produktionsschule als Lernaufgaben erledigt werden.

Die Finanzierung der Produktionsschule stammt zu etwa 70 Prozent aus Landesmitteln, den Rest tragen die Bundesagentur für Arbeit und die Stadt Hannover bei. Mit den zugewiesenen Mitteln kommt die Einrichtung gut aus, berichtet Bernd Reschke. Kritik beim Thema Finanzen übt er jedoch in einem anderen Zusammenhang.

Die Einrichtung bemüht sich, Jugendliche aufzufangen und ihnen nach einer meist „frustrierenden Schulkarriere“ und weiteren negativen Erfahrungen mit der schulischen Lernsituation, durch aktive und praktische Arbeit einen Zugang zum Berufsleben zu schaffen. Dazu gehört für Bernd Reschke auch eine monetäre Entlohnung, ob mit monatlichen Summen oder in anderer Form. Eine finanzielle Anerkennung geleisteter Arbeit ist für die SchülerInnen der Produktionsschule aber nach gültigen Bundesgesetzen untersagt. Schade, dass eine solche Motivationsbremse die Arbeit der Einrichtung erschwert.

THOMAS SCHREMMER
Landtagsabgeordneter
thomas.schremmer@
lt.niedersachsen.de



Global Denken - Lokal Handeln

Gesucht: Vertrieb für die neue, nachhaltige Regionsschokolade

Ein von der grünen Regionsabgeordneten Silvia Hesse initiiertes Nord-Süd-Projekt zum Anbau und Vertrieb einer fairen Schokolade aus dem Amazonasgebiet stellt eine wichtige Maßnahme zur Umsetzung der Verpflichtungen aus dem „Klima-Bündnis“ dar.

Wer diese klimafreundlich erzeugte und fair gehandelte Regionsschokolade nascht, unterstützt kleinbäuerliche Betriebe in Belén de los Andaquíes und Solano (Kolumbien). Die Campesinos bauen den Kakao auf eine Art und Weise an, die den Regenwald erhält. In einem direkten und fairen Handel werden die Bohnen in einer Manufaktur im Odenwald zur einer edlen Schokolade verarbeitet.



Foto: Grüne

Jaime Uriel Mejia, Kleinbauer & Bürgermeister von Belén de los Andaquíes

Was fehlt ist ein Vertrieb in der Region Hannover. Gesucht werden VertriebspartnerInnen und Kommunen, die die neue, nachhaltige Regionsschokolade an die Frau und den Mann bringen.

Unser Ziel ist es eine fairtrade Region zu werden. Dafür sollten wir Grüne uns einsetzen. Die Schokolade ist nur ein Beispiel und ein Tür-

öffner für mehr fairen Handel mit zertifizierten Produkten in der Region.

Zum Hintergrund:

Hannover und die Region Hannover, sind Mitglieder des „Klima-Bündnisses“ der europäischen

Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder zum Schutz der Erdatmosphäre“. Die Mitglieder des Klima-Bündnisses haben sich dazu bekannt, die einheimische Bevölkerung im Amazonasgebiet bei einer nachhaltigen Waldwirtschaft zu unterstützen, um so den Fortbestand der Regenwälder zu erhalten. Diese haben nicht nur für den globalen Klimaschutz eine große Bedeutung als CO₂-Speicher, sondern sind auch Lebensräume der indigenen Völker.

Mehr Infos zum Thema:
<http://gruenlink.de/qss>

SILVIA HESSE
Regionsabgeordnete
silvia.hesse@gmx.de



Das Glücksspielproblem

Kommunen sind nicht machtlos: Prävention und kommunale Handlungsspielräume

In Lehrte werden jedes Jahr um die zwei Millionen Euro an Spielautomaten verspielt. Lehrte steht hier leider nicht allein. Zwischen 2005 und 2011 hat sich der Spieleinsatz an Geldspielautomaten mit Gewinnabsicht von 5,8 Milliarden auf über 18 Milliarden verdreifacht. Zum Vergleich: Die Spieleinsätze der staatlichen Lotto und Toto Gewinnspiele sind in dieser Zeitspanne von 8 Milliarden auf 6,6 Milliarden zurückgegangen. Der Trend im Glücksspielgeschäft geht zur Spielhalle um die Ecke und den Onlineangeboten, wie Sportwetten und Poker. Die Folge: Die Zahl der Spielsüchtigen steigt und der Zulauf bei der Schuldnerberatung erhöht sich. Die Situation

scheint hoffnungslos und die Kommunen fühlen sich machtlos. Das sind sie aber nicht. Sie können die Situation ändern. Das Niedersächsische Glücksspielgesetz sowie der Glücksspieländerungsstaatsvertrag bieten unter anderem die Möglichkeit, die Abstände zwischen den Spielhallen zu vergrößern und die Außenwerbung stark einzuschränken.

Es ist eine wichtige kommunale Aufgabe, ein besseres Präventionsangebot zu schaffen. Besonders Jugendliche und junge Erwachsene sollten in Schulen und Sportvereinen frühzeitig mit dem Thema Spielsucht konfrontiert werden.

Die Stadt Lehrte hat, um dies zu finanzieren, die Höhe der Vergnügungssteuer auf Spielautomaten von 12 Prozent auf 20 Prozent erhöht. Dadurch vermehren sich hier die Steuereinnahmen von 240.000 Euro auf 400.000 Euro und es steht genügend Geld für die Präventionsarbeit zur Verfügung.

Mehr Infos zum Thema:
www.gluecksspiel.uni-hohenheim.de

CHRISTIAN GAILUS
Ratsherr der Stadt Lehrte
gailus@gruene-lehrte.de





BERICHT AUS DEM LANDTAG

In der Sommerpause wird mit dem Umbau des Leineschlusses begonnen. Dafür zieht das Plenum ab September vorübergehend in das Erweiterungsgebäude, in „unser“ Erdgeschoss. Die dafür notwendigen Baumaßnahmen und den dazugehörigen Lärm haben wir fast überstanden – wir sind sehr gespannt auf die neue Situation und auf das Ergebnis des Umbaus.

Berichten möchten wir Euch diesmal von drei Themen:

Wir haben für Niedersachsen rot-grün eine bemerkenswerte Änderung im Verfahren zur Aufstellung des neuen Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) für 2015/16 bewirkt. Erstmals in der Geschichte des Landes wird die landesseitige Bewertung des BVWP unter Beteiligung der Öffentlichkeit erstellt

werden. So viel öffentlichen Einfluss gab es hier noch nie – bislang war „nur“ ein Kabinettsbeschluss die Regel. Das neue Verfahren soll den EinwohnerInnen – Euch und uns – im Frühjahr 2015 die Möglichkeit einräumen, die Prioritätenliste zu kommentieren. Der Start hierzu erfolgt voraussichtlich im April 2015. Wir werden Euch selbstverständlich rechtzeitig über den Zeitpunkt und das Verfahren informieren!

Mit dem Antrag „Willkommenskultur fängt in den Ausländerbehörden an“ wollen wir die Landesregierung dabei unterstützen, kommunale Ausländerbehörden (im Rahmen eines Pilotprojekts) bei weiteren Verbesserungen ihrer Serviceorientierung und der interkulturellen Ausrichtung zu beraten und zu begleiten. Wohl wissend, dass sich hier in den letzten Jahren vielerorts

schon ein grundsätzlicher Mentalitätswandel eingestellt hat. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, ihre „Visitenkarten“ – nichts anderes sind Ausländerbehörden im Erstkontakt mit neuen MitbürgerInnen – weiter zu optimieren und besser zu vernetzen.

Außerdem wollen wir dem Missbrauch von Werkverträgen ein Ende bereiten. Deshalb haben wir eine niedersächsische Bundesratsinitiative gestartet, um vor allem die auf Bundesebene notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen bzw. zu ändern.

**EURE LANDTAGSABGEORDNETEN
MAARET WESTPHELY, BELIT ONAY,
THOMAS SCHREMMER**



BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Die letzten Wochen im Bundestag waren geprägt durch die Krise in der Ukraine, Schäubles zukunftsvergessenen und unsoliden Haushalt sowie die Energiewende.

Mit wachem und sorgenvollem Blick sehen der Bundestag und die GRÜNE Bundestagsfraktion auf die Ukraine. Die Entwicklungen der letzten Wochen sind beunruhigend und zeigen wie schnell das Völkerrecht unter Druck gerät. Die blutigen Auseinandersetzungen auf dem Maidan haben uns alle geschockt. Besonders beunruhigend ist die Situation für Jüdinnen und Juden.

Wir Grüne verurteilen scharf die völkerrechtswidrigen Aktionen Russlands auf der Krim, setzen auf Diplomatie und widersprechen klar einer Strategie der militärischen Eskalation.

Auch mit dem Regierungsent-

wurf zum Haushalt 2014 und der weiteren Finanzplanung des Bundes haben wir uns befasst. Der Haushalt und die Finanzplanung sind zukunftsvergessen, unsolid und ungerecht. Wolfgang Schäuble erkaufte sich seine weiße Weste durch den dreisten Griff in die Sozialkassen bei Rente und Gesundheit sowie einer gewagten Wette auf eine gute Konjunktur und anhaltend niedrige Zinsen. Die versprochene Entlastung der Kommunen wird nach dem Motto „versprochen – gebrochen“ auf 2018 verschoben.

Der Haushalt ist nicht strukturell konsolidiert, denn Schäuble traut sich weder an den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen, Ausgabenkürzungen oder Einnahmeverbesserungen ran. Damit kippt er die Risiken seines Haushalts der nächsten Regierung vor die Füße. Wir Grüne wollen uns in den Haushaltsberatungen unter dem Leitziel

„investieren statt subventionieren“ für Zukunftsinvestitionen in Klimaschutz, Kinder und Bildung stark machen und das solide über den Abbau klimaschädlicher Subventionen gegenfinanzieren.

Bei der Energiewende bleiben wir weiter am Ball. Mit unserer Initiative zur europäischen Verankerung der Energiewende wollen wir der Bundesregierung Druck machen. Außerdem zeigt sich, wie wenig Energiewende wirklich im neuen Energieministerium steckt. Minister Gabriel gefährdet mit seinen Plänen zur Deckelung der Onshore Windkraft im EEG nicht nur die Energiewende sondern auch zehntausende Jobs in der Windbranche, besonders in Niedersachsen.

**EUER BUNDESTAGS-
ABGEORDNETER
SVEN-CHRISTIAN-KINDLER**

Hannover

BERICHT AUS DEM RATHAUS

Haushaltplanung 2014

Der Rat hat am 20. März 2014 den Haushalt für das Jahr 2014 beschlossen. Wir haben in verschiedenen Bereichen deutliche Schwerpunkte gesetzt wie unter anderem für die Willkommenskultur gegenüber Flüchtlingen, die Sauberkeit in öffentlichen Gebäuden, die Ausweitung der Förderung des sozialen Wohnungsbaus (unter anderem für StudentInnen und SeniorInnen) die Maßnahmen für eine inklusive Stadt und die Grundsanierung von Radwegen. Der Haushaltsplan 2014 ist dabei ausgeglichen, d. h. Einnahmen und Ausgaben im Ergebnishaushalt halten sich die Waage. Die Haushalte 2012 und 2013 können in Verknüpfung von Haushaltskonsolidierung und guten Gewerbesteuer-einnahmen sogar mit Überschüssen abgeschlossen werden. Diese gute

Finanzsituation erlaubt Schuldenabbau und nachhaltige Investitionen. Z. B. wurden 2012-2013 über 176 Millionen Euro in Sanierungen/Neubauten von Kitas und Schulen investiert. Investitionsschwerpunkte durch GRÜNE Initiative ab 2014 sind insbesondere 3,5 Millionen Euro im Zeitraum 2014-2018 zusätzlich für das Kommunale Wohnraumförderprogramm, 2,5 Millionen Euro im Zeitraum 2015-2019 für die Grundsanierung bestehender Radwege, 0,3 Millionen Euro in 2014 und einer Millionen Euro in 2015 für die Realisierung eines Mädchen-JugendZentrums im Stadtgebiet (evtl. durch Sanierung des Jugendzentrums Feuerwache), 0,1 Millionen Euro in 2014 zur Planung von Sanierung/Umbau des Treffpunktes

Grüne Ratsfraktion auf facebook:
<http://gruenlink.de/eag>

Allerweg in Linden-Süd (Vorderhaus) sowie 3,5 Millionen Euro in 2015 und 2016 für Sanierung/Umbau des Hinterhauses im Treffpunkt Allerweg.

Halbzeit der Ratsperiode 2011-2016

Zur Halbzeit der Ratsperiode 2011 bis 2016 möchten wir mit einer Bilanz einen Überblick und Zwischenstand über wichtige Ergebnisse Grüner Politik geben. Schließlich sehen wir nach einem historischen Spitzenergebnis von stadtweit 21,4 Prozent eine besonders hohe Verpflichtung gegenüber unseren WählerInnen, Grüne Politik umzusetzen. Die Bilanz ist auf der Internetseite der Grünen Ratsfraktion zu finden.

EURE RATSFRAKTION



BERICHT AUS DER REGION

Es ist viel geschrieben, kritisiert und diskutiert worden über das neue Berufsschulkonzept. Wir haben uns die Entscheidung nicht leicht gemacht, bevor wir am 11.03.2014 in der Regionsversammlung darüber abgestimmt haben.

Sinkende SchülerInnenzahlen und eine nicht mehr sanierungsfähige BBS 3 sind die Kernpunkte, die eine Umstrukturierung der Berufsschullandschaft nötig machen. Zudem haben wir 15 Millionen Euro pro Jahr für die energetische Sanierung der Regionsgebäude vorgesehen und 80 Prozent der Regionsgebäude der Schulgebäude sind – das muss man planen können.

Wir haben das Konzept der Arbeitskommission aus Schulleitern, Verwaltung und Kammern kritisch hinterfragt. Das zeigt der rot-grüne Änderungsantrag den wir nach einer Anhörung mit den Schulen,

Kammern und Betrieben formuliert haben.

Das Konzept sah vor die BBS 6 aufzulösen: Die Auflösung und Verteilung der Berufseinstiegsschule der BBS 6 für Jugendliche, die zum Teil keinen Schulabschluss haben, war für uns keine Option. Sie bleibt an einem Standort in Hannover als Einheit erhalten.

Aber wir haben uns für die Verlagerung der Fahrzeugtechnik von der BBS 6 nach Burgdorf entschieden – dem zweiten Kompetenzzentrum für Fahrzeugtechnik in der Region. Der Grund: Es ist fast unmöglich zwei Standorte, bei gleichbleibender Ausbildungsqualität zu erhalten. Zu schnell entwickelt sich die Technik, zu groß sind die Investitionen an technischer Infrastruktur, um dem Anspruch an die Ausbildung zu genügen. Doch die Voraussetzung für die Verlegung ist, dass die ÖPNV-

Verbindung optimiert wird und sich die Schulanfangszeiten der BBS Burgdorf ändern, um die Erreichbarkeit zu verbessern.

Weiter möchten wir, dass die geplanten Schulumzüge kritisch überprüft werden: Der Umzug der Steuerefachangestellten nach Springe aus pädagogischen Gründen bzw. wegen der inhaltlichen Nähe zu den sonstigen Berufsfeldern der Hannah-Arend-Schule. Den Ringtausch zwischen den Schulen am Goetheplatz und den Schulen am Waterlooplatz aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, aber auch weil jeder Umzug Unruhe in einen Schulbetrieb bringt.

EURE REGIONSFRAKTION

GEKOMMEN, UM ZU BLEIBEN

Zuwanderung aus Südosteuropa

Das freie Reisen von Menschen und Waren ist eine der größten Errungenschaften der EU. Stundenlanges Warten an der Grenze gehört der Vergangenheit an. Doch scheint gerade das neue Ängste auszulösen.

Die mediale Diskussion in Deutschland um die vollständige Freizügigkeit für Rumänien und Bulgarien drehte sich vor allem um angeblichen Sozialmissbrauch und vermeintlich fehlende Integrationsfähigkeit der ZuwanderInnen. Dabei zeigt sich ein gefährlicher Trend: Antiziganismus, die Abwertung von Roma und Feindlichkeit ihnen gegenüber, wird wieder salonfähig.

Freizügigkeit innerhalb Europas ist aber kein Privileg, das einigen wenigen gewährt wird. Es ist ein Recht aller EuropäerInnen und integraler Bestandteil der Vision eines friedlichen, demokratischen und solidarisches Europas, der wir Grünen uns verpflichtet haben. Und deshalb geht es auch nicht darum, Wege zu ersinnen, Zuwanderung zu begrenzen, sondern Möglichkeiten zu

schaffen, wie sie für alle gelingen kann.

Programme in den Herkunftsländern, die Diskriminierung von nationalen Minderheiten bekämpfen und Ausgleich schaffen, sind dringend notwendig. Aber wir verstehen das nicht als Antwort auf Zuwanderung, sondern als Selbstverständlichkeit für die Wahrung der Menschenrechte in allen Ländern. Ein wichtiges Signal von der europäischen Ebene wäre ein neues Programm zur Unterstützung der Kommunen bei der Aufnahme von Neuzugewanderten.

In Hannover haben wir Beratungsstellen gestärkt und StreetworkerInnen eingestellt. Nur der Zugang zu Informationen hilft den ZuwanderInnen Ausbeutung und Missverständnisse zu vermeiden.

Obdachlose Zugewanderte bringt die Stadt unter. Uns ist es dabei wichtig, keinen Unterschied zwischen deutschen und osteuropäischen Obdachlosen zu machen, außer dass die einen DolmetscherInnen brauchen und die anderen nicht. Das Obdach ist allerdings nur für kurzfristige Unterbringung gedacht, um Not zu vermeiden. Es kann kein Zuhause ersetzen und soll das auch gar nicht. Das eigentliche Ziel ist es, Wohnungen für die Familien zu finden und sie dabei zu unterstützen, eine informierte und selbstbestimmte Entscheidung über ihre Zukunft zu treffen.

FREYA MARKOWIS
Ratsfrau der LH Hannover
freyamarkowis@gmx.de



Sammelunterkünfte & Willkommensfeste

Zur Situation der Flüchtlinge in der Region Hannover

Erstmalig hat die Regionsfraktion unter der Leitung von Arifé Akcam-Hytrek, integrationspolitische Sprecherin der Regionsfraktion, ein grünes Vernetzungstreffen zu Fragen der Flüchtlingspolitik in der Region Hannover durchgeführt.

Die Veranstaltung am 11.02.14 startete mit einem Überblick über die gesetzlichen Rahmenbedingungen, die das Land Niedersachsen vorgibt. Anschließend wurde über Hilfestellungen für Flüchtlinge auf Landes- und kommunaler Ebene informiert.

Viele TeilnehmerInnen des Treffens kritisierten, dass die Flüchtlinge oftmals in Sammelunterkünften untergebracht sind.

Zum Positiven hat sich, häufig initiiert von den Grünen vor Ort, eine neue Willkommenskultur entwickelt. Die TeilnehmerInnen berichteten von großem ehrenamtli-

chem Engagement im Bereich von Sprachvermittlung, Betreuung oder Hausaufgabenhilfe - gar von Willkommensfesten.

Trotz aller guten Ansätze gibt es leider immer wieder Gruppierungen aus der rechten Szene, die die Angst vor Flüchtlingen schüren. Dem gilt es entschlossen entgegen zu treten.



Foto: Grüne

Vernetzungstreffen Flüchtlingspolitik

Die 36 TeilnehmerInnen aus 12 Ortsverbänden und verschiedenen Fachleuten waren sich einig, nach diesem erfolgreichen Treffen, ein weiteres durchzuführen. Mit dabei: Fachleute wie Filiz Polat, MdL, Belit Onay, MdL, Thomas Heidorn Fachbereichsleiter Soziales i. d. Regionsverwaltung, Dorota Szymanska, Koordinierungsstelle Integration der Region sowie Sebastian Rose vom Flüchtlingsrat.

ARIFÉ AKCAM-HYTREK
Regionsabgeordnete
arife-akcam-hytrek@t-online.de



OFFENER BRIEF

Regionsgrüne bitten Außenminister um Unterstützung

In einem offenen Brief fordert der grüne Regionsverband auf, die Haltung der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Sudan neu auszurichten.

Der grüne Regionsvorsitzende Stefan Körner und der Landtagsabgeordnete Belit Onay trafen sich am 15. April mit Mohammed Saeed Ismael Maissara und Dr. Mohamed Tag Elsir Hassan, um mehr über die Umstände ihrer Flucht aus dem Sudan und ihre Erfahrungen als Asylsuchende in Deutschland zu erfahren. Beide Sudanesen sprachen stellvertretend für eine Gruppe von Flüchtlingen, die Mitglieder des Regionsverbands Hannover von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind. Die erschütternden Berichte der Sudanesischen und Sudanesen haben die Regionsgrünen veranlasst, sich mit einem offenen Brief zur Lage im Sudan und dem Umgang mit sudanesischen Flüchtlingen an Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier zu wenden. UnterzeichnerInnen sind die Vorsitzenden Frauke Patzke und Stefan Körner, der Bundestagsabgeordnete Sven-Christian Kindler, der Landtagsabgeordnete Belit Onay und alle sudanesischen Mitglieder des Regionsverbands.

Stefan Körner, Vorsitzender des Regionsverbands von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: „Wir empfinden das Engagement der Sudanesischen und Sudanesen im Regionsverband als große Bereicherung. Sie berichten uns, wie es ihnen als Flüchtlingen in der Region Hannover ergeht und machen uns auf Missstände aufmerksam. Und sie bringen sich aktiv in die Arbeit der Partei ein. Ihr Beispiel zeigt, dass das Potential der

Flüchtlinge für unsere Gesellschaft enorm ist und wir es stärken müssen. Dieser Aspekt sollte im Vordergrund der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen stehen und nicht die volkswirtschaftlichen Folgen!“

Zum Hintergrund:

In den vergangenen neun Monaten sind zehn Flüchtlinge aus dem Sudan, die in der Region Hannover leben, Mitglied bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geworden. Viele von Ihnen sind hier nur geduldet und müssen damit rechnen, wieder in den Sudan abgeschoben zu werden. In ein Land in dem seit 1955 bewaffnete Konflikte bestehen und die Zahl der Konfliktherde und das Ausmaß der Gewalt und Willkür gegen die Zivilbevölkerung auch in den letzten zwei Jahren, trotz der Zwei-Staaten-Lösung, eher zu als abgenommen hat. In ein Land gegen dessen Regierungschef Omer Hassan Ahmed Al Bashir und andere führende Regierungspolitiker Haftbefehle des Internationalen Gerichtshofes vorliegen. Wir fordern den deutschen Außenminister daher auf, die Haltung der deutschen Außenpolitik gegenüber dem Sudan und des deutschen Staates gegenüber sudanesischen Flüchtlingen sehr grundsätzlich zu überdenken und neu auszurichten.

Link zum Brief

<http://gruenlink.de/qth>

MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.

I M P R E S S U M

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Arife Akcam-Hytrek, Christian Gailus, Frauke Patzke, Stefan Lange, Sven-Christian Kindler, Norman Seibert, Silvia Hesse, Rebecca Harms, Stefan Körner, Jan Philipp Albrecht, Pia Kohorst, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Martin Nebendahl, Günter Wulfert, Eva Vojinovic, Freya Markowis, Katrin Langensiepen, Jan Haude, Rahel Missal, Gisela Witte, Urs Mansmann, Elke Wohlfarth.

Redaktionsteam: Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Norman Seibert, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Druck: Lister Copy- und Büro-Service GmbH Pelikanstraße 13 A, 30177 Hannover. Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier. **Grüne Seiten** werden kostenlos an alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 02/14 erscheint voraussichtlich im September 2014.



Bündnis 90/Die Grünen
Senior-Blumenberg-Gang 1
30159 Hannover
Tel. 0511/300 88 66,
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de
www.gruene-hannover.de

Bankverbindung:
Kontonr.: 84 18 700
Bank für Sozialwirtschaft
Bankleitzahl: 251 205 10



DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR
IM GRÜNEN ZENTRUM.

INTERESSENTINNEN SIND
HERZLICH WILLKOMMEN!

Willkommen in Europa

TERMINE



Foto: Grüne

Verwaister GRÜNER Wahlkampfstand in der Region Hannover

Bald darf ich wieder am Wahlkampfstand stehen und BürgerInnen erklären, warum Europa gut ist. Sätze wie Seehofers „wer betrügt, der fliegt“ vergiften da das Klima. Die Grünen in Bayern haben nachgefragt, wie viele Südosteuropäer diesbezüglich auffällig werden. Bei den Rumänen waren es 10, bei den Bulgaren kein einziger. Für ganz Bayern und ein ganzes Jahr wohlge-merkt. Würde man alle abschieben, bekäme man im Flieger nicht einmal eine Sitzreihe voll. Wer betrügt, fliegt wohl doch eher Business Class. Nach Zürich.

Neulich sind wir mit FreundInnen nach Prag gefahren. Wir waren zu viert, zwei der Ausweise (ich verrate jetzt nicht, wessen) waren bereits seit über einem Jahr abgelaufen. Das hat kein Schwein interessiert, weder an der Grenze noch an der Hotelrezeption. Noch vor so gar nicht langer Zeit wäre diese Reise zu Ende gewesen, bevor sie angefangen hätte. Ob man von Deutschland nach Tschechien fährt oder von Niedersachsen nach Hessen, kommt aufs selbe raus. Ich finde das klasse.

Wir können in ganz Europa studieren, wohnen, einkaufen und arbeiten. Das ist kein Risiko, son-

dern eine Chance. Alle Unkenrufe der vergangenen Jahre waren vollkommen grundlos. Weder sind alle unsere Autos gestohlen und nach Polen verfrachtet worden, noch haben Scharen billiger Handwerker aus dem Baltikum unsere Betriebe in die Pleite getrieben. Die befürchtete Einwanderung in die Sozialsysteme findet nicht statt. Wenn eine Handvoll Frauen aus Südosteuropa in der Innenstadt von Hannover bettelt, vergisst man darüber gerne die vielen hundert anderen aus den gleichen Ländern, die hier hart arbeiten und an unserem Wohlstand nicht nur teilhaben, sondern diesen auch mit schaffen.

Würde etwa Hamburgs Innen-senator den Zuzug aus Bayern und Baden-Württemberg begrenzen wollen, um die Wohnungsnot zu bekämpfen, würde man ihn auslachen. Geht es um Rumänien und Bulgarien, ist dieses Mittel aber plötzlich wohlfeil? Schade, dass der Schwung der europäischen Bewegung ein wenig erlahmt ist.

URS MANSMANN
Bezirksrat Misburg-Anderten
urs.mansmann@
gruene-hannover.de



Mi, 07.05. 15:00-17:00
Simone Peter kommt nach Garbsen

Mi, 07.05. 19:00-21:00
Simone Peter kommt nach Gehrden, Biergarten PARKhouse

Fr, 09.05. 19:00-21:00
Let's make money, Filmvorführung mit Sven Christian Kindler, MdB, im Puschenkino Puki, Hannover Waldheim

Sa, 10.05. 08:00-20:00
Energiewende nicht kentern lassen: Fahrt mit uns im GRÜNEN Bus zur Energiewende-Demo nach Berlin. Fahrkarten gibt es im Grünen Zentrum.

So, 11.05. 11:00-17:00
GRÜNER Ökomarkt im historischen Amtsgarten in Bissendorf, Wedemark

Mo, 12.05. 18:30-20:30
Die EU und der Osten: Droht ein neuer Kalter Krieg? Podiumsdiskussion anlässlich der Europawahl in der Theaterwerkstatt Hannover, Pavillon

Di, 13.05. 13:00-14:30
Grenzenlos mobil - Europas Radinfrastruktur ausbauen: GRÜNE Fahrradtour mit Toni Hofreiter von Hannover nach Langenhagen. Treffpunkt: Bahnhofsvorplatz Hannover Hbf

Di, 13.05. 18:30-20:30
Toni Hofreiter im Restaurant der Grieche in Langenhagen, Walsroder Str. 151

Do, 15.05. 20:00-22:00
Die niedersächsische Agrarwende - Gefahren durch TTIP: mit Sven Christian Kindler, MdB, und Landwirtschaftsminister Christian Meyer. Altes Magazin, Kestnerstraße 18, Hannover

Di, 20.05. 19:00-21:00
Welchen Weg soll Hannovers Schulpolitik gehen? Podiumsdiskussion in den ver.di-Höfen, Goseriede 10, Hannover

Di, 20.05. 20:00-22:00
Freihandelsabkommen zwischen EU & USA (TTIP): Diskussionsveranstaltung mit Martin Häusling, MdEP, im Gasthaus Stucke in Mellendorf

Do, 22.05. 09:30-10:30
Katrin Göring-Eckardt kommt nach Hemmingen, Marktplatz

Do, 22.05. nachmittags
Der Landesverband lädt zum niedersächsischen Wahlkampfhöhepunkt (zur Europawahl) mit unseren KandidatInnen Rebecca Harms und Jan Philipp Albrecht in Hannover am Kröpcke ein.

So, 25.05. 18:00
GRÜNE Wahlparty im Petra K. Klub, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover

Mo, 26.05. 20:30-22:30
Filmvorführung „On the run“ mit Sven Christian Kindler, MdB, im Kino am Raschplatz